



## Antrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

### **Härtefallfonds umgehend im Landtag beraten und noch 2022 verabschieden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren seit geraumer Zeit und mehrfach angekündigten Härtefallfonds umgehend dem Landtag – bspw. als Nachtragshaushalt 2022 – vorzulegen. Zielsetzung ist die Verabschiedung des Härtefallfonds durch den Landtag noch in diesem Jahr, damit die Gelder bereits zu Beginn des Jahres 2023 fließen und zeitnah ihre Wirkung entfalten können.

Der Landtag erklärt sich bereit, den Härtefallfonds in einem deutlich beschleunigten Verfahren zu beraten und zu beschließen, wie das beispielsweise mit zwei Nachtragshaushalten beim Sonderfonds Coronapandemie mit einem Volumen von 20 Mrd. Euro sowie dem BayernFonds mit einem Volumen von 56 Mrd. Euro der Fall war. Dafür ist es erforderlich, dass sich die Regierungsfractionen und die demokratischen Oppositionsfractionen umgehend an einen Tisch setzten, um gemeinsam Inhalte und Zeitplan zu vereinbaren.

Der Härtefallfonds soll zumindest folgende Zielgruppen umfassen:

- kleine und mittlere Unternehmen sowie Soloselbstständige
- Organisationen der Sozialwirtschaft
- Vereine
- Pendler
- einkommensschwache und besonders betroffene Bevölkerungsgruppen

### **Begründung:**

Der Bund hat 2022 für die Bürgerinnen und Bürger nunmehr das dritte Entlastungspaket mit 65 Mrd. Euro geschnürt. Zusammen ergeben die drei Entlastungspakete ein Gesamtvolumen von 95 Mrd. Euro. Die Gelder fließen bereits und kommen dort an, wo sie benötigt werden. Darüber hinaus spannt die Bundesregierung einen Abwehrschirm in Höhe von 200 Mrd. Euro. Er dient unter anderem zur Finanzierung einer Gaspreisbremse.

Es ist ergänzend erforderlich, dass Bayern umgehend eine eigene Initiative auf den Weg bringt, um den von den Energiepreissteigerungen besonders Betroffenen schnell und wirksam helfen zu können. Der Freistaat ist dazu fiskalisch in der Lage und sollte vorhandene Mittel rasch und treffsicher einsetzen. Ein bayerischer Härtefallfonds von nur 1,5 Mrd. Euro scheint jedoch eher unterdimensioniert zu sein, hier könnte mehr geschehen.

Landtag und Staatsregierung sollten umgehend und gemeinsam die erforderlichen Absprachen treffen, um den Härtefallfonds noch im Jahr 2022 zu verabschieden.